

Stadtparlament Winterthur

Protokoll der **2./3. Parlamentssitzung**
des Stadtparlaments im Amtsjahr 2024/2025
vom 3. Juni 2024

von 16.30 – 18.30 Uhr und 20.00 – 21.45 Uhr

Parlamentssaal des Rathauses, Marktgasse 20

5. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.21: Erhöhung des Subventionsbeitrags an den Kunstverein Winterthur für die Übernahme des städtischen Museumspersonals; Bewilligung eines Verpflichtungskredits für jährlich wiederkehrende Ausgabe von Fr. 4'750'000

Parlamentspräsident F. Helg: Erhöhung des Subventionsbeitrags an den Kunstverein Winterthur für die Übernahme des städtischen Museumspersonals; Bewilligung eines Verpflichtungskredits für jährlich wiederkehrende Ausgabe von Fr. 4'750'000. Das ist eine Vorlage, zu der es dann auch eine Volksabstimmung gibt, deshalb werden wir eine Diskussion führen trotz Einstimmigkeit in der Kommission. Das Wort hat die Referentin der BSKK, Gabi Stritt.

G. Stritt (BSKK): Es freut mich, dass ich heute die Weisung 2024.21, die Umsetzung des Museumskonzept Phase III vorstellen darf.

Um was geht's? Eingebledet ist der Antrag, der dann zuhanden der Volksabstimmung ist. Der Antrag betrifft formell die Finanzen, materiell geht es aber um eine Personalzusammenführung und die Reorganisation des städtischen Geldflusses.

Der Kunstverein Winterthur soll ab 2025 das städtische Museumspersonal übernehmen und auch anstellen. Die bisherige städtische Lohn- und Sachkosten werden als Subvention an den Kunstverein ausgerichtet. Beim beantragten Subventionsbeitrag an den Kunstverein Winterthur handelt es sich demzufolge zum überwiegenden Teil um eine Reorganisation des städtischen Geldflusses.

Die städtischen Nebenleistungen werden nicht an den Kunstverein ausbezahlt, müssen aber trotzdem bewilligt werden, denn hierbei geht es v.a. um die Mietkosten der Liegenschaften, welche unentgeltlich dem Kunstverein zum Gebrauch überlassen werden.

Ein kurzer Blick zurück: Das Museumskonzept wurde 2015 vom Stadtrat beschlossen. Die Umsetzung wurde 2017 im Stadtparlament besprochen und ebenfalls beschlossen. Man hat entschieden, dass die Umsetzung in Etappen erfolgen wird.

Dies auf der Grundlage von 4 Pfeilern:

- Inhaltliche Profilierung der bisherigen Kunstsammlungen
- Einheitliche Betriebsführung durch den Kunstverein
- Nächstes Stichwort ist die «Drei-Häuser-Strategie»: Die bisherigen Museen werden an drei Standorten zusammengefasst (Kunstmuseum, Oskar Reinhart am Stadtgarten, Villa Flora)
- Finanzierung basiert auf der Grundlage von drei Säulen: Private, Stadt Winterthur, Kanton Zürich.

Die Umsetzung passiert in 4 Etappen. Zuerst werden die vier eigenständigen Museen aufgelöst und unter eine Gesamtträgerschaft durch Kunstverein gestellt. Die Drei-Häuser-Strategie sagt, dass die beiden Museen Briner und Kern aufgelöst werden (Integration Sammlungen

ins Reinhart), dass man in einer nächsten Phase die Neugestaltung und Sanierung Eingangsbereich Reinhart am Stadtgarten in Angriff nimmt (da sieht man, wenn man vorbeigeht, dass das aktuell gerade im Gange ist). Und der vorliegende Antrag ist die letzte Etappe in der Umsetzung; es geht um die Überführung der städtisch angestellten Mitarbeitenden in den Kunstverein.

Die Ausarbeitung dieser letzten Etappe erfolgte als Projekt. Die Projektorganisation erfolgte mit einem Steuerungsausschuss und einem Projektteam mit verschiedenen Untergruppen. In jeder Gruppe waren sowohl die Stadt als auch der Kunstverein vertreten. Zusätzlich begleitete ein Soundingboard als beobachtende Instanz das Projekt in 2 Sitzungen; im Soundingboard waren auch zwei Personen der BSKK vertreten.

Ziele und Vorteile dieser Personalüberführung: Die neue Organisationsform auf der Grundlage des Museumskonzept mit einer Trägerschaft wird den Anforderungen eines modernen Museumsbetrieb gerecht. Die Personalzusammenführung ist eine logische Folge und man reagiert damit auf diese veränderte Ausgangslage.

Die Vorteile sind, dass es eine Vereinfachung gibt in den Betriebsstrukturen, es gibt klarere und einheitliche sowie direkte Kommunikationswege, die geteilte Verantwortung wird aufgehoben (im Moment gibt es städtische Mitarbeitende und Mitarbeitende beim Kunstverein, dadurch gibt es immer wieder Situationen, die zu Loyalitätskonflikten führen können bei den Mitarbeitenden), Stärkung der Gesamtorganisation, klare Ziele, gemeinsame Unternehmenskultur lancieren, die Identifikation mit dem Betrieb ist gewährleistet und nicht zuletzt ist auch ein Job enrichment für die Mitarbeitenden möglich.

Wenn man Personal zusammenführt oder anders unterstellt, geht es immer auch sehr um die Anstellungsbedingungen. Es war von Anfang an klar, dass die Anstellungsbedingungen beim Kunstverein gleichwertig sein müssen im Vergleich zu den städtischen Anstellungen. D.h. man musste die Anstellungsbedingungen des Kunstvereins an das städtische Personalstatut angleichen, man musste ein Lohnreglement erstellen und auch einen Sozialplan.

Bei der ganzen Zusammenführung geht es um 39 Personen, die von der Änderung betroffen sind.

Die Anstellungsbedingungen wurden mit den Personalverbänden abgesprochen und sind ein Kompromiss. Es gibt Abstriche, welche insbesondere mit der 40-Stunden-Woche kompensiert werden. Beim Personal wird es bedeuten (wenn dann alles über die Bühne ist), dass den städtischen Mitarbeitenden von der Stadt gekündigt wird und sie vom Kunstverein neue Anstellungsverträge zu gleichwertigen Bedingungen erhalten werden. Die bisherigen Aufwendungen, welche die Stadt bisher hatte im Personalbereich, werden dann in den Subventionsbeitrag integriert.

Wenn man die Anstellungsbedingungen anschaut, sind die grünen Positionen diejenigen, wo die Mitarbeitenden beim Kunstverein gegenüber den städtischen Angestellten gewinnen. Sie werden statt 42 nur noch 40 Stunden pro Woche arbeiten. Das ist in diesem Sinne eine Besserstellung. Dann gibt es auch die Möglichkeit, dass man in Jahresarbeitszeit arbeiten kann (bei der Stadt gibt es Wochenarbeitszeit).

Dann gibt es aber auch rote Positionen, nämlich bei den Ferien, wo man bei der Stadt eine Woche mehr Ferien hat und man dadurch etwas verliert. Das wird dann eben kompensiert mit der 40-Stunden-Woche. Was auch noch negativ auffällt: Bei der Stadt gibt es eine sogenannte «Übergangs-AHV-Ersatzrente», das ist v.a. für ältere Arbeitnehmende in der letzten Zeit vor der Pensionierung. Das gibt es beim Kunstverein dann nicht.

Dafür hat man aber beim Kunstverein eine Besserstellung bei Krankheit, dort erhält man 100% Lohnfortzahlung (bei der Stadt sind es nur 80%). Und beim Kunstverein kann man Treueprämien als Monatsgehalt oder als Ferienbezug erhalten, bei der Stadt ist es ganz klar, dass es kein Geld gibt, sondern dass es Ferienbezug gibt.

Alle anderen Positionen sind in dem Sinne gleichwertig wie die städtischen Anstellungsbedingungen.

Jetzt geht es ja darum, wie die neuen Beträge überhaupt ermittelt wurden. Man hat das in vier Schritten gemacht:

1. Schritt: Nach der Personalüberführung fallen die Personal- und Sachkosten, die in der städtischen Rechnung bisher als sogenannte Nebenleistungen bei den Kunstmuseen abgebildet sind, fallen nicht mehr bei der Stadt, sondern neu beim Kunstverein an. Das sind die 1'654'100 Franken, diese werden neu als Subventionsbeiträge ausgewiesen. Diese fallen dann aber bei der Stadt in dem Sinne weg. Die städtischen Nebenleistungen bleiben bestehen. Die städtischen Nebenleistungen sind v.a. die Mietkosten, welche die Stadt in dem Sinne erlässt, da diese Liegenschaften dem Kunstverein zum Gebrauch zur Verfügung gestellt werden.

Dann gibt es aber noch einen Teil, wo es um die Energie, den Unterhalt etc. geht. Dieser verbleibt auch bei der Stadt. Das ist bei einer «Gebrauchsleihe», wie das heisst, so üblich.

In einem 2. Schritt hat man angeschaut, was es sonst noch für weitere Faktoren gibt, die man berücksichtigen muss. Ab 2025 wird es einen Vollbetrieb geben an allen diesen drei Standorten, also inklusive der Villa Flora, die lange in einem Sanierungsprozess war. Und da gibt es Mehrkosten von 252'800 Franken, diese würden auch ohne Personalüberführung ab 2025 bei der Stadt als neue Nebenleistung anfallen.

Bei einem 3. Schritt hat man geschaut, welche Auswirkungen die Personalüberführung personell hat. Es braucht jetzt beim Kunstverein ein HR-Stelle, welche das ganze Personalmanagement macht. Das ist bei der höheren Anzahl Mitarbeitende sicher richtig und sinnvoll, um auch die ganze Umstellung zu lancieren. Gleichzeitig wird der grüne Teil, die 39'800 Franken, bei der Stadt in ungefähr diesem Umfang wegfallen.

In einem 4. Schritt hat man noch geschaut, wie es bei der Teuerung ausschaut, diese hat man auch gleich noch integriert.

Zusammenfassend sieht man, dass die bisherige Subvention des Kunstvereins (1'144'600 Franken) zusammen mit den neu ermittelten Subventionsanteilen von 2'003'300 Franken die 3'147'900 Franken ergeben (gerundet die 3.15 Millionen). Auf der anderen Seite sind die städtischen Nebenleistungen von knapp 1.6 Millionen, welche dann zusammen die 4.75 Millionen ergeben.

Das ist der Antrag, über den wir heute abstimmen und der dann auch zuhanden der Volksabstimmung zur Abstimmung gelangen würde:

«1. Ab 1. Januar 2025 wird für den Subventionsbeitrag von 3,15 Mio. Franken an den Kunstverein Winterthur und städtische Nebenleistungen von rund 1,6 Mio. Franken eine jährlich wiederkehrende Ausgabe von insgesamt 4,75 Mio. Franken bewilligt. Die Kreditbewilligung erstreckt sich auch auf allfällige teuerungsbedingte Mehrkosten.

2. Es wird davon Kenntnis genommen, dass die Anpassung des Subventionsvertrags mit dem Kunstverein Winterthur durch den Stadtrat erfolgen wird.»

Noch kurz der Prozess und der Entscheid in der BSJK: Die BSJK hat die Weisung in drei Lesungen beraten und am 27. Mai 2024 hat man dieser Weisung ohne Gegenstimme zugestimmt.

Noch ganz kurz zum Zeitplan, der vorgesehen ist: Nach dem Parlamentsentscheid werden die Mitarbeitenden informiert, die Abstimmungsvorlage wird erarbeitet, es gibt eine Volksabstimmung (voraussichtlich am 24. November 2024). Dann werden die Mitarbeitenden informiert, die Kündigungen werden lanciert und per 1. Quartal 2025 treten die neuen Verträge in Kraft und die Mitarbeitenden werden zum Kunstverein übertreten.

Das ist in dem Sinne die Vorlage.

G. Stritt (SP): Ich verlese gleich noch die Position der SP, wenn das in Ordnung ist.

Es ist ja ein Geschäft, das unbestritten ist. Die SP unterstützt die Weisung des Stadtrats. Es handelt sich um den letzten Teil eines langjährigen Prozesses. Das Museumskonzept wurde 2017 verabschiedet und es ist eigentlich eine logische Folge, dass diese 4. Etappe umgesetzt wird und die Mitarbeitenden quasi als letzter Baustein in den Kunstverein überführt werden. Dieser Schritt ist sicher sinnvoll, auch wenn man den Blick auf eine moderne Organisationsführung wirft und die Vorteile dieser Einheitlichkeit sind sicher ausgewiesen.

Die Weisung zeigt, dass das Projekt der letzten Etappe im Museumskonzept unter Einbezug der verschiedenen Anspruchsgruppen inklusive der Personalverbände beraten wurde und

nun ein breit abgestützter Vorschlag vorliegt. Dass die Geldflüsse geklärt und die Beträge gesamthaft in einem Subventionsvertrag aufgenommen werden, ist ebenfalls sinnvoll.

Die moderaten Mehrkosten sind eigentlich nur 88'600 Franken (ja, bei der Stadt Winterthur sind auch 88'600 Franken viel) für die zusätzliche HR-Stelle. Aber es ist sicher so, dass diese HR-Stelle sinnvoll ist und auch dazu beitragen kann, dass eine effiziente Personalführung möglich ist.

Die SP betrachtet die Vorlage als ausgewogen, nachvollziehbar und wird dieser Weisung selbstverständlich zustimmen.

A. Zuraikat (Die Mitte/EDU): Herzlichen Dank, Gabi, für das Vorstellen dieses sehr umfassenden Geschäfts. Wie es Gabi schon erwähnt hat: Das Geschäft scheint sich vom Titel her nur um eine finanzielle Angelegenheit zu handeln: Es verschieben sich rund 2 Millionen Franken von der Stadt zum Kunstverein. Dabei handelt es sich um die personalbedingten Kosten, welche von der Stadt zum Kunstverein wechseln. Die Nebenleistungen für die Liegenschaften von 1.6 Millionen verbleiben bei der Stadt und sind aber auch Teil der Subvention. Der Kunstverein wird für seine angestammten Aufgaben innerhalb seines Kunstbetriebs, für die Ausstellungen und Sammlungen, dadurch nicht mehr Geld bekommen.

Es ist allerdings viel mehr, um das es geht bei diesem Geschäft. Es ist eine betriebliche Reorganisation und ein sehr bedeutender Meilenstein des städtischen Museumskonzepts, um die finanzielle Sicherheit und die Existenz der Kunstmuseen von Winterthur sichern zu können. Die Überführung der städtischen Mitarbeitenden in den Kunstverein bildet den Abschluss in der Umsetzung des Museumskonzepts, wie es Gabi bereits erwähnt hat. Ausserdem schafft die Überführung Effizienz des Museumsbetriebs und eine Vereinfachung der Organisation. Es führt vor allem zu vielen Erleichterungen für das Museumspersonal. Die Entscheidungswege sind kürzer und somit können Entscheidungen auch schneller getroffen werden.

An dieser Stelle gilt es dem Stadtrat und dem Amt für Kultur für ihre grosse Arbeit herzlich zu danken. Alle Anspruchsgruppen wurden angehört und abgeholt. Mit dieser Reorganisation sind sie alle einverstanden und auch der Personalverband unterstützt das Geschäft.

Ein sehr vorbildliches Geschäft, das da geführt wurde, das widerspiegelt sich auch entsprechend im Ergebnis der Kommission. In dem Sinne stimmt Die Mitte/EDU-Fraktion den beiden Anträgen zu. Vielen Dank.

P. A. Werner (SVP): Liebe Gabi, herzlichen Dank auch für das Vorstellen dieses Geschäfts. Ich schliesse mich dem Votum von Herrn Zuraikat an. Der Kreditantrag für die Erhöhung des Subventionsbeitrags an den Kunstverein Winterthur für die Übernahme des städtischen Museumspersonals macht absolut Sinn. Die Ausgaben werden nicht erhöht, sondern lediglich umgeschichtet, und die Abläufe werden vereinfacht. Trotz dieser hohen Summe macht dieser Antrag definitiv Sinn: Sinn für die Stadt Winterthur, für den Kunstverein, die Angestellten sowie die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Winterthur.

Die Fraktion der SVP stimmt dem Kreditantrag zu. Danke.

M. Lischer (Grüne/AL): Vor 7 Jahren wurde das städtische Museumskonzept vom Parlament beschlossen, der heutige Beschluss zum Verpflichtungskredit ist der letzte Baustein für die Umsetzung dieses Konzepts. Es ist wichtig, dass das Projekt jetzt abgeschlossen werden kann und die Zusammenführung des Museumspersonal erfolgt. Diese Transformation ist sauber vorbereitet, die neuen Anstellungsbedingungen sind zeitgemäss und ausgewogen. Ungleichheiten zwischen den bisherigen Arbeitsverträgen zwischen der einen und der anderen Personalgruppe wurden berücksichtigt und geschickt in die neuen Arbeitsbedingungen integriert. Im Antrag des Stadtrats werden die Anforderungen für eine erfolgreiche Übernahme erfüllt. Daraus entstehende finanzielle Verpflichtungen sind sorgfältig ausgewiesen und begründet.

Die Grüne/AL-Fraktion stimmt dem Antrag des Stadtrats zu.

N. Holderegger (GLP): Ich kann es vorneweg nehmen: Die grünliberale Fraktion stimmt auch diesem Antrag zu. Es wurde schon ganz viel gesagt, ich muss mich da nicht wiederholen. Wichtig ist für die grünliberale Fraktion, dass die Interessen der Arbeitnehmer vorliegend gewahrt wurden, es wurde sauber geprüft und sie haben keinen Nachteil bei diesem Geschäft. Das wäre nicht zu verantworten gewesen, das hat auch die langen Verhandlungen mit sich gebracht. Besten Dank an Mike Künzle und Frau Kurmann, vor allem auch für diese Arbeit.

Was auch wichtig ist aus grünliberaler Sicht zu sagen: Die 4.75 Millionen Franken mehr pro Jahr, das ist ein hoher Betrag. Es ist der letzte Baustein eines Projekts, das haben wir gehört, und zum heutigen Zeitpunkt bleibt uns gar nichts anderes übrig, als dazu Ja zu sagen.

Aber – und daran möchte ich auch erinnern – am 22. Mai 2017 hat die grünliberale Fraktion (und das ist eben auch stringente Politik, meine Damen und Herren) darauf hingewiesen, dass es eben durchaus Gründe gibt gegen die sogenannte Drei-Häuser-Strategie. Das haben wir damals einlässlich dargelegt – wir wurden damals nicht gehört. Heute begnügen wir uns mit dem Hinweis, dass es eben viel Geld ist, viel Geld für Winterthur. Zur besorgniserregenden finanziellen Situation von Winterthur möchte ich mich nicht mehr äussern, das haben wir vorher gemacht.

Und deshalb, meine Damen und Herren, unter Würdigung der gesamten Umstände, stimmt die grünliberale Fraktion diesem Geschäft zu. Besten Dank.

F. Kramer -Schwob (EVP): Es macht aus unserer Sicht, dass der Kunstverein das städtische Personal übernimmt und entsprechend der Geldfluss, wie vom Stadtrat vorgeschlagen, reorganisiert wird. Uns wurde auch zugesichert, dass es eine Evaluation geben wird, ob der Betrag korrekt berechnet ist. Wir erwarten gerne den versprochenen Bericht und wir erwarten auch, dass der Betrag angepasst wird, falls sich zeigen sollte, dass es Luft im Budget hat. Bei diesem Geschäft geht es nicht um eine Erhöhung, sondern schlichtweg um eine Bestandswahrung. Wir stimmen zu.

R. Perroulaz (FDP): Wer heute im neuen Museum Villa Flora ein Eintrittsbillet kauft, wird von städtischem Personal bedient. Auch die Aufsicht und die Reinigung wird von der Stadt gestellt. Betrieben wird aber das Haus wie gesagt vom Kunstverein Winterthur. Was für die Besuchenden wenig sichtbar ist, führt hinter den Kulissen zu einer durchaus sehr komplizierten Situation.

Die Überführung des heute städtischen Museumspersonal in die drei Häuser des Kunstmuseums an den Kunstverein macht aus Sinn der FDP-Fraktion mehr als Sinn. Es vereinfacht die organisatorischen Strukturen, sowohl für die Mitarbeitenden wie auch für den Betrieb. Ein effizienter und gesicherter Betrieb – und das ist ganz wichtig, dass man das sichert – des Kunstmuseums unter der alleinigen Verantwortung des Kunstvereins ist also im Sinne von allen und stärkt die Kulturstadt Winterthur. Das Museumskonzept findet damit endlich seine vollständige Umsetzung und wir freuen uns schon auf die komplette Inbetriebnahme des Kunstmuseums 2027 im Vollbetrieb.

Zahlenmässig verringert sich der Personalbestand der Stadt um 39 Personen. Ausnahmsweise kommt es also einmal quasi zu einem Stellenabbau, wir sind uns ja eher das Gegenteil gewöhnt. Auf der Gegenseite erhöht sich stattdessen die jährliche Subvention um die gut 2 Millionen an den Kunstverein.

Für uns auch wichtig war, dass die Anstellungsbedingungen des Personals insgesamt gleichwertig bleiben. Wir haben es gesehen in der guten Präsentation von Gabi – an dieser Stelle herzlichen Dank dafür -, dass es teilweise Vorteile gibt und teilweise Nachteile, aber insgesamt ist es eine sehr positive Situation für die Angestellten. Das bewerten wir positiv.

Der vom Stadtrat gut ausgearbeiteten Vorlage mit der Kostenverschiebung vom städtischen Personalaufwand zu einer erhöhten Subvention als letzter Schritt der Umsetzung des Museumskonzepts stimmen wir als FDP-Fraktion einstimmig und überzeugt zu, natürlich auch zuhanden der Volksabstimmung.

Wir wünschen dem bald vom Kunstverein angestellten Personal auch künftig eine erfüllende Tätigkeit bei ihrem neuen Arbeitgeber. Danke vielmals.

Stadtpräsident M. Künzle: Es wurde eigentlich alles gesagt. Wir haben damals gerungen um die Drei-Häuser-Strategie. Und wenn auch heute wieder in diese Vergangenheit geschaut wird – ich lade also die ganze GLP-Fraktion ein in die Villa Flora. Und dann bin ich gespannt, nein, ich bin überzeugt, dass Ihr auf diesen Entscheid gedanklich zurückkommen würdet. Es ist wirklich ein Bijou.

Wir haben einen langen Weg gemacht mit dem städtischen Museumskonzept. Und es war ein Weg, bei dem der Stadtrat und das Parlament miteinander die Stossrichtung vorgegeben haben und gesagt haben, jawohl, das ist richtig. Man hatte Mehrheiten für die Drei-Häuser-Strategie, man hat die Zusammenlegung gemacht zur Stärkung der ganzen Kulturlandschaft. Man hat die Organisation zusammengelegt, man hat das Bauliche in die Wege geleitet. Und jetzt machen wir es noch personell. Das ist wie der Schlussstein dieses Projekts.

Es ist wirklich im Betrieb sehr schwierig, wenn man zwei Mitarbeitenden-Gruppierungen hat, die einen, welche bei der Stadt angestellt sind, und die anderen, die beim Kunstverein angestellt sind. Und mit dieser Zusammenführung ist die Führung der Leute in diesen Museen viel einfacher, man kann aus einem Guss führen.

Ich habe es gesagt, es ist der Schlussstein. Das stimmt nicht ganz. Denn der Schlussstein, der jetzt geschliffen wird, den sieht man in der Stadthausstrasse. Das ist der Eingangsbereich des Kunstmuseums Reinhart am Stadtgarten. Das ist dann wirklich der Schluss. Und ich bin wirklich sehr froh, dass wir ein solch langjähriges Projekt, was keine Selbstverständlichkeit ist, so kontinuierlich umsetzen können. Und ich danke Gabi für das Vorstellen, ich danke allen Fraktionen für die Unterstützung für diesen Antrag und auch dafür, dass man die Arbeit und die Überlegungen dahinter gesehen hat. Und ich danke auch dem Amt für Kultur, Tanja und ihren Leuten, und Otto Grosskopf, der uns unterstützt hat.

Ich freue mich jetzt über diesen Entscheid, danke vielmals.

Parlamentspräsident F. Helg: Besten Dank, Mike Künzle. Somit kommen wir zur Abstimmung. Der Antrag besteht aus zwei Ziffern und ich mache beliebt, dass wir darüber in einer gemeinsamen Abstimmung entscheiden. Noch der formelle Hinweis, dass dieser Beschluss aufgrund der Höhe der Ausgabenbremse unterliegt, was aber nach diesen Voten keine unüberwindbare Hürde ist.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: 56 Ja zu 0 Nein bei 0 Enthaltungen.

Damit ist diese Vorlage bei uns verabschiedet und geht in die Volksabstimmung, voraussichtlich im November.